

*Sperrfrist: 11.01.2017, 17:00 Uhr!
Es gilt das gesprochene Wort!*

**Rede von
IHK-Präsident Thomas Meyer
anlässlich des IHK-Neujahrsempfangs
am 11. Januar 2017 in der
Historischen Stadthalle Wuppertal**

Liebe bergische Unternehmerinnen und Unternehmer,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie alle ganz herzlich und wünsche Ihnen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2017!

Vor wenigen Wochen ist das Wort „postfaktisch“ von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2016 gewählt worden. Und auch im englischen Sprachraum wurde „post-truth“ zum „word of the year“ gekürt.

Diese Gemeinsamkeit zeigt bereits, dass wir über unsere deutschen und europäischen Grenzen hinweg ähnliche Entwicklungen im weltweiten gesellschaftspolitischen Wandel vorfinden:

- Die US-Amerikaner wählen einen Unternehmer, aber politischen Laien zum zukünftigen Präsidenten, um das so genannte Establishment abzustrafen.
- Die Briten entscheiden sich für einen Austritt aus der EU, um die Freizügigkeit abzuschaffen.
- In etlichen EU-Staaten – auch auf deutschen Straßen – wird der Ruf nach mehr Nationalstaatlichkeit immer lauter.
- Und autokratische Staaten wie Russland und die Türkei sind noch stärker auf dem Rückzug in alte politische Muster.

Auf eine immer komplexer werdende Welt wird mit immer simpleren Antworten reagiert. Angeblich leben wir im postfaktischen Zeitalter, in dem nicht mehr gilt, was Fakt ist, sondern was gefühlt wird. Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen dennoch Belegbares berichte:

- die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für unser unternehmerisches Handeln
- die Chancen des technischen Fortschritts; Stichworte : Digitalisierung und Mobilität von morgen
- die dazu gehörigen politischen Rahmenbedingungen
- die Arbeit unserer Industrie- und Handelskammer

In Deutschland und auch im IHK-Bezirk hatten wir seit 2009 sieben fette Jahre. Kommen jetzt die sieben mageren Jahre?

Das wollen wir momentan nicht hoffen. Denn zu Beginn eines Jahres sollten wir doch mutig und optimistisch sein, oder? So sollten wir zunächst einmal festhalten, dass die bergischen Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage ganz überwiegend als gut oder zumindest als befriedigend einschätzen. Und auch für die Zukunft sind sie eher optimistisch als pessimistisch gestimmt.

Allerdings nehmen die objektiven Risiken und Unsicherheiten zu. Insbesondere die exportorientierten Industrieunternehmen müssen auch weiterhin mit einer Reihe von Hemmnissen und restriktiven Faktoren fertig werden, die zukünftig eher größer oder mehr als kleiner und weniger werden.

Fangen wir mit den USA an:

Der Wahlausgang war für viele überraschend! Wer hätte das gedacht, dass die hiesigen Globalisierungs- und TTIP-Gegner in Person von Donald *Trump* einen Verbündeten finden würden. Das gemeinsame Ziel wird wohl eintreten: TTIP kommt nicht – zumindest jetzt nicht.

Bei diesem Freihandelsabkommen geht es darum, Zölle und andere Handelsbarrieren im transatlantischen Handel zwischen der EU und den USA abzubauen, Einschränkungen für kommerzielle Dienstleistungen zu verringern, Investitionssicherheit und Wettbewerbsgleichheit zu verbessern und den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in beiden Wirtschaftsräumen zu vereinfachen. Für ein Land, das wie Deutschland seinen Wohlstand in hohem Maße dem Freihandel verdankt und dessen Exportwirtschaft bisher geboomt hat, eigentlich ein selbstverständliches Ziel.

Doch es gerät zunehmend unter die Planierraupe des Populismus beiderseits des Atlantiks. Denn „drüben“ soll künftig „America first“ gelten, was einer Protektionismus-Debatte Auftrieb geben dürfte, wie wir sie zuletzt 2009 hatten.

Und bei uns?

Die USA sind nach den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien unser viertgrößter Exportmarkt. Der Wert unserer Exporte in die USA ist mehr als doppelt so hoch wie der Importwert der Einfuhren aus den USA.

Es ist daher eine rhetorische Frage, wer abhängiger vom freien Welthandel und offenen Grenzen ist, die Amerikaner oder wir? Die USA verfügen über einen gigantischen Binnenmarkt und können sich weniger Exportorientierung leisten als Deutschland.

Auch der Umstand, dass Deutschland in den letzten 50 Jahren mit über 130 Staaten bilaterale Investitionsschutzabkommen geschlossen hat, hält bei uns die TTIP-Gegner nicht davon ab, diese nun als „Teufelszeug“ zu deklarieren.

Selbstverständlich müssen wir die Ängste vor Fremdbestimmtheit und der Komplexität der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung ernst nehmen, vor allem aber müssen wir die Vorzüge offener Märkte immer wieder erklären. Und das gilt nicht nur innerhalb Deutschlands, das gilt auch in Diskussionen mit Partnern, wie mit China zum Beispiel, die den Freihandel zwar lautstark propagieren, und zunehmend nicht nur in Europa, sondern besonders gern auch in Deutschland Firmen mit Schlüsseltechnologien akquirieren, einen gleichberechtigten Marktzugang ausländischer Partner im eigenen Land aber nicht dulden.

Ja, China ist und bleibt mit rund sechs Prozent unserer Exporte ein wichtiger Markt. Dennoch ist es richtig, dass außer unseren Auslandshandelskammern auch die Bundesregierung hier Veränderungen einfordert. Und wir sollten auch nicht vergessen, dass unsere Exporterfolge in den anderen asiatischen und südostasiatischen Ländern, schon heute größer sind, als die nach China und noch immer Potential nach oben hin bieten.

Neben Russland sind die beiden anderen BRIC-Staaten Brasilien und Indien derzeit nicht in Bestform und senden keine neuen Impulse für ein Exportwachstum aus.

Und Russland selbst?

Seit die Sanktionen im Frühjahr 2014 eingeführt wurden, gingen die Exporte, (Maschinenbau, Automobilindustrie) nach Russland bundesweit um 37 Prozent zurück. Das klingt dramatischer als es ist, macht doch der gesamte Export nur knapp zwei Prozent aus.

Hier liegt das viel größere Risiko im politischen Umfeld. „Ein nach alter Stärke strebender Autokrat“. Wir wollen uns alle nicht vorstellen, was passiert, wenn die russische Minderheit von circa 25 Prozent in Estland und Lettland ähnliche Hilferufe Richtung Moskau schickt wie es die Ostukrainer getan haben sollen. Und das bei einer politisch geschwächten EU, divergierenden Interessen von NATO-Partnern und einer noch nicht beurteilbaren neuen Administration in Washington.

Nicht von Osten, aber von Südosten führt der Weg nach Europa über die Türkei. Viele Wirtschaftsvertreter sahen in der Türkei einen entwicklungsfähigen Markt und einen verlässlichen, aufstrebenden Wirtschaftspartner. Ist Sie doch mit einem Exportanteil von über zwei Prozent ein wichtiger Exportmarkt als Russland. Politisch hat sich das Land allerdings anders entwickelt, als es die Beitrittsgespräche zur EU haben erwarten lassen. Daran hat auch der Flüchtlingspakt, den Brüssel und Berlin so dringend brauchten, nichts geändert.

Aber der gewaltsame Konflikt mit den Kurden, ein gescheiterter Versuch die Regierung zu stürzen und die nachfolgende Säuberungen in allen Bereichen, sowie anhaltender Terror lassen das Land nicht zur Ruhe kommen. Aus den bekannten Gründen rückt die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union in weite Ferne.

Die Exporte in die Türkei sind in diesem Jahr um 13 Prozent gesunken. Die Exportchancen dürften trotz der noch bestehenden Zollunion eher weiter sinken. Nun, ohne den Rückenwind durch den schwächeren Euro, die niedrigen Zinsen und die preiswerteren Rohstoffe (allen voran das Öl) – zusammengekommen das beste, nicht staatliche Konjunkturprogramm – hätte unsere Wirtschaft wohl eine längere Talsohle durchschritten.

Und in Europa? In der EU?

Ob sich der europäische Binnenmarkt in Zukunft weiter unter diesen Vorzeichen positiv entwickeln wird, ist zumindest bei der momentanen Verfassung unserer östlichen und südlichen Nachbarn fraglich und nach der Brexit-Entscheidung Großbritanniens in Teilen völlig offen. Hiesige Firmen, die Geschäfte in und mit Großbritannien machen, werden sich auf mittlere Sicht auf verschlechterte Rahmenbedingungen im Außenhandel, bei der Entsendung von Mitarbeitern und bei Investitionsentscheidungen einstellen müssen.

Der Brexit ist aber nicht nur ein Debakel für Großbritannien und ein Erschwernis für die kontinental-europäische Wirtschaft – er ist vor allem auch ein Weckruf für Europa. Wird die von Großbritannien ausgehende Warnung in den Wind geschlagen, besteht die Gefahr, dass das britische Beispiel Schule macht. Dabei sollte allen klar sein: Nur in einem starken und möglichst großen europäischen Binnenmarkt werden wir unseren Wohlstand erhalten und im globalen Wettbewerb bestehen können.

Damit dieser Europäische Binnenmarkt erhalten werden kann, wird es aber erforderlich sein, die lange aufgeschobenen Reformen der EU endlich entschlossen in Angriff zu nehmen, das heißt das Parlament ist zu stärken, der Binnenmarkt und die gemeinsame Außenwirtschaftspolitik müssen weiter entwickelt und die Stabilitätskriterien müssen zwingend eingehalten werden.

Auch die EZB benötigt einen Weckruf, um einen Ausweg aus der Nullzinspolitik zu finden. Längst kann die Europäische Zentralbank mit ihrer Politik des „billigen Geldes“ keine Lösungen mehr bieten. Manche Experten meinen, dass sie vielmehr Teil des Problems geworden ist (Zinsgeschenk wurde nicht genutzt, Krisenländer haben sich zum Nulltarif noch höher verschuldet).

Wir können nur hoffen, dass europäische Staatenlenker nicht weiter ohne Not komplexe Themen in Referenden in einfache Ja-Nein Antwortmöglichkeiten zusammenfassen. Verbunden mit der eigenen Zukunft ist dies nach Großbritannien auch in Italien gescheitert. Alles in allem wird erkennbar, dass die Zeiten nicht einfacher werden.

Die genannten Faktoren können den gesamtwirtschaftlichen Erfolg einer Exportnation wie Deutschland natürlich beeinflussen. Und in besonderer Weise treffen sie unseren IHK-Bezirk Wuppertal-Solingen-Remscheid, dessen Industrie mehr als jeden zweiten Euro im Ausland verdient.

Deren Exporterfolge konnten in den letzten Jahren die wegbrechenden Inlandsumsätze der Industrie überkompensieren. Und glücklicherweise sind die Industrienahen Dienstleistungen stark mitgewachsen. Künftig gilt es umso mehr, die binnenwirtschaftlichen Potentiale der diversen Dienstleistungsbranchen weiter zu fördern und auszubauen.

Zusammenfassend:

„Wir brauchen offene Märkte und die Abkommen die dies sicherstellen und wir brauchen einen starken europäischen Binnenmarkt.“

Ein Gutes hatte natürlich der niedrige Zins. Die Sparquote sank und plus dem realen Einkommenszuwachs der letzten Jahre stieg die konsumtive Binnennachfrage. Den Handel hat es gefreut. Aber nicht nur wirtschaftspolitische Faktoren bestimmen den Kurs der Weltwirtschaft. Im globalen Wettbewerb werden die Karten immer dann neu gemischt, wenn es Technologiesprünge gibt, die disruptiv wirken können. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung, des 3D-Drucks oder der Mobilitätsveränderung (Stichworte: autonomes Fahren, alternative Antriebstechnologien, Shared Services wie Uber, Car2Go etc.) werden bestehende Geschäftsmodelle, Arbeitsplätze, Ausbildungsinhalte nachhaltig verändern. Sie stellen damit etablierte Unternehmen vor große Herausforderungen, da eingefahrene Strukturen und Prozesse durch neue ersetzt werden müssen. Das ist mit Kosten verbunden und setzt Widerstände frei. Und dafür gilt es in unserem Land die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu setzen, es gilt völlig neue Anreize zu schaffen, die neues Wachstum ermöglichen und Leistungen belohnen.

Meine Damen und Herren,

sehr wichtig ist, dass diese neuen Technologien fester Bestandteil schulischer, dualer und universitärer Ausbildung werden und unsere Bildungseinrichtungen hierfür entsprechend ausgestattet werden. Dass trotz aller Exporterfolge und Rekordsteuerzahlungen unsere Infrastruktur zum Teil daniederliegt, muss der Vergangenheit angehören. Wir müssen deshalb hoffen, dass der Bund tatsächlich ein milliardenschweres Infrastrukturprogramm auf den Weg bringen wird und die NRW-Landesregierung diese Mittel auch an die Kommunen weiterleitet. Und das gilt nicht nur für Straße und Schiene, sondern auch für den dringenden Ausbau der Stromnetzleitungen und der Breitbandversorgung, Voraussetzungen für die Digitalisierung von Prozessen.

Die Einigung der Bundesländer mit dem Bund über den reformierten Länderfinanzausgleich ab dem Jahr 2019 ist ein gutes Signal, weil der Bund bereit ist, insgesamt 9,5 Milliarden Euro mehr zu zahlen und kein Bundesland finanziell schlechter dastehen wird als vorher. Und noch immer scheinen manche Vertreter politischer Parteien zu glauben, dass es mit den ständig ansteigenden Steuereinnahmen immer weiter aufwärts geht. Notwendige Strukturreformen werden von der Regierung aufgeschoben, frühere Reformen werden zurückgedreht.

Die große Koalition kümmert sich weniger darum, dass ein möglichst hohes Volkseinkommen entstehen kann als um dessen Umverteilung. Denken Sie beispielsweise an die wenig nachhaltige Rentenpolitik im Dienst der „Wählerbeglückung“. Wenn man bedenkt, dass der Steuerwettbewerb demnächst von den USA und Großbritannien verschärft werden dürfte, dann sollte unsere Bundesregierung auch die steuerliche Belastung der mittelständischen deutschen Unternehmen ins Visier nehmen.

Die IHK-Organisation wird jedenfalls im Jahr 2017 Vorschläge für eine Steuerreform unterbreiten. Hierbei fordern wir insbesondere, dass betrieblicher Aufwand nicht mehr besteuert wird.

Weiterhin:

- Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Abflachung des Mittelstandsbauchs (Facharbeiter)
- (2011-2015: 36,5 Milliarden Euro kalte Progression)
Automatische Anpassung der Einkommensgrenzen an die Inflation, also eine Indexierung des Steuertarifs. Denn dann müsste nicht jedes Mal und abhängig von der Haushaltslage neu entschieden werden.

Und wer glaubte, dass die Erbschaftssteuer vom Tisch ist, der täuscht sich. Auch wenn jetzt in letzter Minute ein „Kompromiss“ erarbeitet wurde. Die Wirtschaft hat eine relative Verschönerung des Betriebsvermögens und Planungssicherheit mit einem Zuwachs an komplexen erbschaftsteuerlichen Regelungen und harten Bindungen hinsichtlich Fortführung des Betriebes und seiner Lohn- und Gehaltssumme erkauft. Viele Experten gehen zu Recht davon aus, dass auch dieses Gesetz vom Verfassungsgericht verworfen wird. Der Finanz- und Steuerausschuss unserer Bergischen IHK hätte stattdessen eine einfache Erbschaftsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigeren Tarifen vorgezogen.

Meine Damen und Herren,
wie gehen wir in unserer Region mit diesen Herausforderungen um?

Lassen sie mich als Präsident unserer IHK am Ende der Amtszeit in dieser Wahlperiode ein wenig Bilanz ziehen und die Gelegenheit nutzen, vorsichtig optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Dabei gilt mein Dank zunächst einmal dem Hauptamt unserer IHK, mit dem ich seit nunmehr fast vier Jahren sehr gut zusammenarbeite (Hauptgeschäftsführer, Geschäftsführung, Mitarbeiter/innen) und meinen Mitstreitern in Präsidium und Vollversammlung.

Eine schlagkräftige IHK lebt vom Zusammenwirken zwischen den ehrenamtlich tätigen Unternehmern und den Mitarbeitern des Hauses, nicht nur bei einem Neujahrsempfang wie heute.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, mit der „Bergischen Gesellschaft“, die durch den Bergischen Rat und die Politik maßgeblich unterstützt wird, eine Organisation zu schaffen, die mehr und mehr alle wichtigen Dinge des Bergischen Städtedreiecks und darüber hinaus koordinieren kann. Dies gilt für die erfreuliche Integration der bisherigen Regionalagentur, ebenso wie für die Zusammenarbeit mit der Neuen Effizienz, für die zahlreichen Wettbewerbe um Fördermittel und in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus sowie Messeauftritte.

Ganz erfreulich ist für mich aber insbesondere der vertrauensvolle Umgang der drei Stadtspitzen und Stadtdirektoren miteinander sowie mit uns als IHK. Inzwischen ist es uns sogar gelungen, über die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land (KAG) die benachbarten Kreise und Städte in unsere Überlegungen einzubeziehen. Da geht es natürlich außerdem darum, im letzten Schritt auch schlagkräftig und vertrauensvoll in der sich bildenden Metropolregion Rheinland zusammen zu arbeiten und die Interessen des Bergischen Landes zu vertreten. Aber auch in fachlicher Hinsicht sind wir in den letzten Jahren weitergekommen.

Unsere IHK ist mittlerweile in einigen Bereichen „federführend“, wie es so schön heißt, für die Arbeit in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel im Bereich Industrie und Technologie. Wir haben mit zahlreichen Veranstaltungen und der Gründung eines IHK-Arbeitskreises „Digitale Wirtschaft Bergisches Land“ unsere IHK-Aktivitäten in diesem Bereich stark ausgebaut. In dem überaus regen Kreis, der nach nur einem Jahr seines Bestehens mehr als 100 Mitglieder verzeichnet, bearbeiten wir wichtige Themen für das Städtedreieck wie die IT-Sicherheit, Industrie 4.0 sowie den Fachkräftebedarf in der Digitalen Wirtschaft. Wie wichtig diese Branche mit einem jährlichen Wachstum von acht Prozent ist, belegt unser IHK-Branchenatlas dieses Wirtschaftsbereiches.

Gemäß der Standortumfrage, die vorgestern veröffentlicht wurde, ist auch aus Sicht der bergischen Unternehmen eine ausreichende Breitbandinfrastruktur der wichtigste Standortfaktor für die Zukunft. Das verwundert nicht, denn ohne Breitband ist die vorher genannte Technologieentwicklung nicht möglich. Nahezu jedes Unternehmen – ganz egal welcher Branche – wird später von der zunehmenden Digitalisierung betroffen sein.

Ein weiterer Höhepunkt unserer Arbeit auf dem Gebiet der digitalen Wirtschaft wird der „1. IHK-digit@ble Bergisches Land“ am 9. Februar dieses Jahres in unserer Hauptgeschäftsstelle sein. Mit dem Kongress wollen wir die digitale Wirtschaft untereinander und mit anderen Branchen vernetzen und das Bergische Land als Standort für diesen Wirtschaftsbereich bekannter machen. Große Herausforderungen zu bewältigen gilt es auch im Zusammenhang mit der technologischen Entwicklung im Bereich des 3D-Drucks. Dieser hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einem der Zukunftsthemen entwickelt. Der 3D-Druck wird, und davon bin ich überzeugt, überall dort Einzug in die industrielle Praxis finden, wo kleine Serien, Prototypen und Individualisierung eine große Rolle spielen.

In Solingen hat sich in nur 18 Monaten nach der Gründung bereits Deutschlands stärkstes Anwendernetzwerk für 3D-Technologien mit jetzt über 250 Unternehmen, Start-ups, Universitäten und Instituten entwickelt. Das zeigt, auf welch großes Interesse dieses Netzwerk auf Initiative der Wirtschaftsförderung Solingen stößt und welches Potenzial diese Technologie hat. Mit der IHK- Initiative „Automotive Rheinland“ haben die Kammern auf die vorhin angesprochenen Entwicklungen im Mobilitätsbereich reagiert.

Mit Netzwerkbildung und zahlreichen Veranstaltungen begleiten wir die Unternehmen beim Wandel in der Automobilindustrie. Der „Bergische Zukunftssalon Automotive“ zum Beispiel bietet der Region eine Plattform für den Austausch unsere Zulieferindustrie. Dies gilt nicht nur für die Veränderungen des Antriebsstranges, sondern auch der Verwendung moderner Werkstoffe. Zum anderen gibt es Technologieentwicklungen im Bereich autonomes Fahren, die ganz wesentlich von der Firma Delphi vorangetrieben werden. Mit der Teststrecke in Wuppertal haben wir zudem eine Infrastruktur, mit der sich diese neue Technologie in Praxis erproben lässt und dadurch Raum bietet für weitere Firmen, die sich diesem Technologietrend anschließen. Alle dieser federführenden Arbeiten unserer IHK im Bereich Industrie und Technologie erfolgt immer in enger Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität. Die Kooperationsvereinbarung wird dazu in jedem Jahr neu und noch intensiver weitergelebt.

Meine Damen und Herren,
die große Klammer für viele dieser Themen ist die Aus- und Weiterbildung. Wir müssen in Bildung, Bildung und nochmals Bildung investieren. Das bundesweite Schwerpunktthema unserer IHK- Organisation in diesem und dem kommenden Jahr lautet deshalb: „Menschen befähigen – Wirtschaft stärken“.

Der erste Blick richtet sich in diesem Kontext schnell auf die berufliche Bildung. Aber wenn es um Fähigkeiten der Menschen geht, um mit ihrer Hilfe die regionale Wirtschaft zu stärken, dann gehören dazu auch Themen wie Start-up-Unterstützung oder Unternehmensnachfolge, Kompetenzen in der Außenwirtschaft ebenso wie Wissen, wie man Energie spart und nicht zuletzt, wie man Beruf und Familie vereinbart oder dass ehrenamtliches Engagement sich lohnt.

Ich halte daher die ökonomische Bildung für außerordentlich wichtig. Wer unsere Gesellschaft verstehen will, muss wissen, wie unsere Wirtschaft funktioniert. Dass muss schon in der Schule beginnen. Und Schule hört nie auf.

- Monatlich stattfindende Seminare in unserem Startercenter NRW verschaffen als kostenfreie Schnupperkurse die Möglichkeit, grundlegende Rahmenbedingungen einer Existenzgründung kennenzulernen.
- Intensivseminare bereiten im Detail auf die Erstellung von Unternehmenskonzepten vor.
- Im Rahmen so genannter „Gründerzirkel“ besteht die Möglichkeit, das eigene Konzept in kleinen Gruppen weiter zu entwickeln.

„So geht Bildung heute“, denn wir brauchen nicht nur gute Facharbeiter und Akademiker, wir brauchen unternehmerisch denkende Bürger. Sie sind eine Grundvoraussetzung unternehmerischen Erfolges. Arbeitnehmer sind mit komplexer werdenden Arbeitswelten konfrontiert.

Mit fortschreitender Digitalisierung steigen die Ansprüche an die Mitarbeiter in unseren bergischen Unternehmen und es verkürzen sich die Zyklen, in denen Wissen veraltet. Permanente Weiterbildung wird wichtiger denn je. Und die praxisnahen Prüfungen in der Weiterbildung wie auch in der Berufsausbildung garantieren unsere ehrenamtlichen IHK-Prüfer. Mit ihrer direkten Anbindung an die tägliche Berufspraxis sind sie der Garant dafür, dass IHK-Prüfungen ganz eng an den tatsächlichen Unternehmensanforderungen ausgerichtet sind. Großes Dankeschön!

Der Trend zur Akademisierung hält unaufhörlich an. Im aktuellen Wintersemester 2016/2017 sind in Deutschland circa 2,8 Millionen Studierende eingeschrieben – so viele wie nie zuvor! Viele derjenigen, die im Herbst das Studium aufgenommen haben, durchleben derzeit etwas, was mit dem Begriff „Erstsemesterschock“ beschrieben wird und zweifeln an ihrer Studienentscheidung.

Gemeinsam mit der Bergischen Universität und den Partnern Arbeitsagentur und Kreishandwerkerschaft führt die Bergische IHK jedes Semester daher die Veranstaltung „Zweifel am Studium“ durch. Den Studierenden werden hier Beratungsmöglichkeiten aufgezeigt, die ihnen ermöglichen sollen, ihr Studium entweder erfolgreich fortzusetzen oder eine sinnvolle Alternative zu finden.

Dankbar bin ich besonders, dass sich nach wie vor zahlreiche Unternehmen im bergischen Städtedreieck für die Integration von anerkannten Asylanten engagieren. Da aber Bildungsgrad, Sprach- und Berufskenntnisse bei Flüchtlingen sehr unterschiedlich sind, ist für viele Unternehmen der Integrationsaufwand noch sehr hoch.

Hier hat die IHK bereits letztes Jahr das „Bergische Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt“ mitgegründet und so alle Akteure in diesem Feld an einen Tisch geholt. Hier muss man einfach Danke sagen für die gute Arbeit, die bisher alle Beteiligten in den Ausländerämtern, Jobcentern, Arbeitsagenturen und viele Ehrenämter in den Gemeinden und vor Ort geleistet haben.

Eine weitere Gruppe, die wir bei all unseren Anstrengungen nicht vergessen dürfen, sind die An- und Ungelernten sowie geringqualifizierte Beschäftigte und Arbeitslose. Nicht nur aus sozialen, sondern auch aus demografischen Gründen. Für diese Zielgruppe sind Teilqualifikationen eine Chance, schrittweise berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben und am Ende einen Berufsabschluss nachzuholen. Dass wir aufgrund der Demografie mehr qualifizierte Zuwanderer benötigen, und als Land neben dem Asylrecht auch ein Einwanderungsgesetz brauchen, sei nur am Rande erwähnt.

Eine der am stärksten wachsenden Branchen in Deutschland ist die Gesundheitswirtschaft. Ihrer wachsenden Bedeutung entsprechend koordiniert unser Hauptgeschäftsführer für diese Branche seit Jahren den Kontakt zwischen Wirtschaft und Politik in NRW wie auch in Berlin. Zudem möchten wir den Unternehmen aus der Branche ein Sprachrohr bieten und gründen aktuell einen Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit der IHK Bochum.

Meine Damen und Herren,

wie bereits erwähnt, hat die Bergische IHK unlängst eine Standortumfrage unter mehreren hundert Unternehmen in Wuppertal, Solingen und Remscheid durchgeführt. Dabei gaben Sie, die Unternehmerinnen und Unternehmer, in Schulnoten ausgedrückt, unserer Region eine drei plus.

Aus den Ergebnissen ergibt sich ein deutlicher Handlungsbedarf für die Kommunen und uns:

- Neben dem dringend notwendigen flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung und dem zukünftigen Gewerbeflächenbedarf,
- ergibt sich aufgrund steigender Nachfrage nach Fachkräften die Notwendigkeit die berufliche Bildung weiter zu stärken.
- Zudem darf es aus Ihrer Sicht keine weiteren Steuererhöhungen geben.
- Die Sauberkeit und Sicherheitssituation muss verbessert werden.

Interessanterweise haben die bergischen Unternehmer in der IHK-Standortumfrage ein Problem identifiziert, welches die ISG-Initiativen bereits seit Längerem im Fokus haben: Die Sicherheit und Sauberkeit der Innenstädte!

Dabei denken die Unternehmer sicherlich mehr an die subjektive Bedrohung durch Alltagskriminalität und weniger an die nach neuesten Berichten mehr als 30 so genannten „Gefährder“ für terroristische Anschläge im Bergischen Städtedreieck. Jeder von uns weiß aus eigenem Erleben, dass ein einladendes, gepflegtes Erscheinungsbild im Zentrum, am Bahnhof oder im Stadtteilzentrum das persönliche Sicherheitsempfinden fördert. Daher müssen alle Akteure Verwahrlosungstendenzen zeitnah entgegengetreten, um weiteren Verschlechterungen entgegenzuwirken und einen Umschwung zu bewirken. Natürlich sagen die Unternehmer auch, dass attraktive Innenstädte wichtige Aushängeschilder der bergischen Unternehmensstandorte sind.

„Bergisch is beautiful“, Sie sind für die Bindung und Gewinnung von Kaufkraft im Einzelhandel und in der Gastronomie von wesentlicher Bedeutung. Zu ansprechenden Innenstädten gehört auch ein vielfältiges Angebot an Unternehmen des Handels, der Gastronomie und aus der Dienstleistungsbranche.

Meine Damen und Herren,

endlich wurde der 51. Standort des wohl bekannten schwedischen Möbelhauses in Wuppertal eröffnet und die Kaufkraft für Möbel bleibt jetzt mehr im Bergischen Land als nur in Haan und Witten. Die großflächigen Pläne für unsere Outlet-Center in Remscheid und Wuppertal habe ich an dieser Stelle in den letzten Jahren schon bereits hinlänglich kommentiert, sodass mein Fokus heute etwas mehr auf die Innenstädte als Ganzes gerichtet werden soll.

Hier haben wir tolle Initiativen mit vorangebracht, nämlich sogenannte „Immobilien- und Standortgemeinschaften“. Nicht nur hat unsere IHK in diesem Jahr einen bundesweit erfolgreichen Kongress veranstaltet, sondern in zahlreichen Fußgängerzonen in unseren Innenstädten tut sich etwas. Neben Elberfeld, genauso wie Barmen, die Alleestraße in Remscheid, sowie auch in Solingen-Ohligs.

Immerhin hat die ISG Barmen-Werth den deutschlandweit verliehenen Award für eine vorbildliche Gestaltung ihrer Fußgängerzone gewonnen. Bei den ISGs arbeiten Immobilienbesitzer, Einzelhändler, Unternehmer und die Städte jeweils auch finanziell intensiv zusammen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den verehrten Oberbürgermeistern herzlich danken, dass Sie in den Verwaltungen das Thema nicht nur ideell, sondern auch personell unterstützen.

Meine Damen und Herren,

selten kann man den Erfolg der IHK-Arbeit so deutlich sehen, wie auf den Straßen rund um „das offene Herzen“ in Wuppertal: die Großbaustelle Döppersberg. Die IHK hat im Jahr 2013 einen Gutachter engagiert, der nachwies, dass und auch warum die Unterbrechung der „Hauptschlagader“ B7 das kleinere von zwei Übeln ist. Dadurch konnte die emotionale Diskussion versachlicht und eine sachgerechte, richtige Entscheidung getroffen werden.

Als Bergische IHK konnten wir durchsetzen, dass als Sofortmaßnahme der Wall und die Südstraße ab 18 Uhr für den Verkehr geöffnet wurden.

Auch das „Nadelöhr“ Robert-Daum-Platz konnte durch unsere Vorschläge und nach Genehmigung durch die Politik wesentlich entschärft werden. Natürlich hat sich die Bergische IHK aber nicht nur in Wuppertal in Verkehrsfragen engagiert. Die gesamte IHK-Organisation hat seit Jahren auf die marode Verkehrsinfrastruktur hingewiesen und eine deutliche Aufstockung der Mittel insbesondere für die Sanierung von Straßen, Brücken und Schienenwegen geworben. Es bedurfte jedoch erst den dramatischen Ereignissen rund um die Autobahnbrücke in Leverkusen, um die Politik endlich wachzurütteln.

Immerhin können wir nun feststellen, dass erstmals seit 20 Jahren mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht. Dies führt aber natürlich dazu, dass überall dort, wo saniert werden muss, Baustellen den Verkehr behindern. Das von NRW Verkehrsminister Michael *Groschek* ausgerichtete „Jahrzehnt der Baustellen“ wird eben auch ein Jahrzehnt der „Stautellen“.

Auch beim Thema Schienenverkehr wird es uns nicht langweilig. Nachdem Bergische IHK und bergische Großstädte gemeinsam erfolgreich für den Erhalt und die Sanierung der Müngstener Brücke gekämpft haben, stehen jetzt die Sanierung des Hauptbahnhofs in Wuppertal und der Bau eines neuen Elektronischen Stellwerks im Fokus. Und da kommt auf die Wuppertaler ein Experiment der besonderen Sorte zu:

- Die völlige Abkoppelung vom Bahnverkehr in den kommenden Oster- und Sommerferien
 - zusammen also für acht Wochen.
- Und der Hauptbahnhof wird erst modernisiert, wenn der Döppersberg fertig ist
 - was für ein Schildbürgerstreich: Baufahrzeuge fahren dann über die neue Mall!

„Es geht nur bergisch!“ – das war und ist mein Leitmotiv für meine Arbeit als Präsident dieser Bergischen IHK. Natürlich dürfen wir dabei auch nicht die Besonderheiten und Bedürfnisse der Menschen unseres Bergischen Landes aus den Augen verlieren:

Cronenberger und Burger, Gräfrather und Morsbacher, Lennep und Vohwinkel – sie alle können manchmal nicht unterschiedlicher sein. Sie alle mitzunehmen, keinen zurückzulassen, das ist – im wirtschaftlichen Rahmen – auch die Aufgabe eines IHK-Präsidenten. Denn ohne Unternehmen und deren rauchende Schornsteine ist alles nichts.

Übrigens: Die Industrie- und Handelskammer ist eine Organisation, in der man Pflichtmitglied ist und einen Pflichtbeitrag zahlt. Das lässt leider zu viele Unternehmerinnen und Unternehmer glauben, das wäre genug der Pflicht. Das sehe ich anders. Die IHK ist nämlich nicht nur eine Pflicht-, sondern auch eine „Mitmachorganisation“. Sie wird erst durch das persönliche Engagement jedes Einzelnen von uns kraftvoll. Unsere Meinungen, Hinweise und Ansichten beeindrucken die Politik umso mehr, je mehr wir uns aktiv einbringen.

Also nehmen sie die folgenden Worte gerne als Appell:

Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer,
engagieren Sie sich in der Bergischen IHK – zum Wohl der heimischen Wirtschaft und auch zu Ihrem eigenen wirtschaftlichen Erfolg!

Sie haben, soweit Sie oder Ihre Firma Mitglied unserer Bergischen IHK sind, in den letzten Tagen die Unterlagen für die Wahl zur IHK-Vollversammlung erhalten. Ich bitte Sie herzlich, diese Unterlagen nicht einfach zu ignorieren, sondern nehmen Sie aktiv als Wähler an der IHK-Wahl teil. Eventuell hat für den ein oder anderen eine IHK-Wahl nicht denselben Stellenwert wie politische Wahlen, die wir in diesem Jahr ja auch noch vor uns haben.

Aber auch das „Parlament der Wirtschaft“, wie die Vollversammlung ja oft genannt wird, spielt in der Region eine ganz wichtige Rolle. Als oberstes Organ der IHK ist die Vollversammlung das Gremium, das auf die wirtschaftlichen Entwicklungen einer Region ganz entscheidenden Einfluss nehmen kann.

Denken Sie hier an die zuvor bereits erwähnten, in der Öffentlichkeit debattierten Projekte in unserem Bergischen Städtedreieck – etwa im Bereich des Einzelhandels, des Verkehrs oder der Industrieansiedlungen. Diese regionalpolitisch und wirtschaftlich brisanten Vorhaben werden in unserer IHK-Vollversammlung sachlich, aber auch durchaus kontrovers diskutiert, damit die IHK nach außen eine fundierte Auffassung der Unternehmerschaft vertreten kann.

Die Berechtigung der IHK, als Vertreter der gewerblichen Wirtschaft und wichtiger Berater der Politik aufzutreten, ergibt sich zwar ganz nüchtern aus dem IHK-Gesetz. Aber je stärker das Votum der Unternehmerschaft ist, desto einflussreicher kann eine IHK auftreten. Wäre es zu der heute so vielgelobten Bergischen Zusammenarbeit der Städte in der Bergischen Gesellschaft gekommen, wenn die IHK mit dem Beschluss der Vollversammlung nicht immer wieder diese Entwicklung eingefordert hätte?

Daher mein Appell an Sie, die Unternehmerinnen und Unternehmer des Städtedreiecks: Unterstützen Sie das ehrenamtliche Engagement der 138 Kandidatinnen und Kandidaten, stärken Sie ihnen den Rücken, indem Sie Ihre Stimme abgeben!

Vielen Dank!